

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Geldwert jeden Monats für die Mitglieder gratis. — Preis für die Nichtmitglieder 5.— Fr. monatlich, ein Semester, für die Postabnehmer 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Veröffentlichung des „Berg-Verkehrers“; Saarbrücken 2. Et. Johannesstraße 49. — Preisverleihung: Amt Saarbrücken, Sammel-Nr. 292 41.

Schrei nach Arbeit

Dieser Tag ist auf einer Tagung einer Wahlteilnehmerversammlung das Wort: „Wenn jeder Mensch sein Tagewerk begähne mit dem feinen Vorhug, wenn anderen Menschen im Laufe des Tages auch nur eine Wohlthat zu erwirken, dann blühte es am Ende ganzes Volk, von keiner Not, viel besser, als es heute um es heißt.“ Das ist ein wahres Wort. Wie viel Berührung, Verärgerung, Leidenshaft, seelische und materielle Not würden verschwinden, wenn alle Menschen täglich einem solchen Vorhug handelten. Solche Vorhüge können nicht befürchten können nicht durch Heterobehandlungen erzwungen und können nicht eingeschämelt werden. Sie müssen aus der Gewinnung der Menschen wachsen, aus einer Gewinnung, die auf dem Gedächtnis ruht, sondern sich auch an das Gedächtnis der Erbauer knüpft.

Dieses Gebot der Bruderliebe gilt auch für Regierende. Und die Arbeiterklasse muß sich auch hier äußern in Stellen, im Wohltätigen für das Volk. —

Unser Volk ist in Not. Es liebt Wasser in die Saar tragen, weil es sie hier nicht bekommt. Das ist es, in erschöpfenden Kämpfen, und sie ist darum bekannt, daß der Regierungskommission das Saargebiet. Die Regierungskommission hat die Pflicht, jeder Not zu helfen. Nicht etwa durch Mißhandlungen, sondern durch Geld. Ich muß es nicht sagen. Durch die Ausnahme der gegebenen Regierungsmittel haben unsere Regierungskommission die Verantwortung für unser Volk auf sich genommen. Mit dieser Verantwortung ist die Pflicht verbunden, den Not zu helfen. In seiner Not ist es. Die Regierungskommission darf nicht will, dann soll sie abtreten, dann soll sie fast und deutlich dem Wählerband erklären, daß es höchste Zeit ist, das Saarrecht dem deutschen Volk zurückzugeben, um seinen eigenen Schicksal und allen seinen Mitbürgern. Wer hat es aber weiter in ihrer überkommenen Amt, dann muß sie über ihre Pflicht nachdenken. Diese Pflicht besteht heute mehr denn je für in der Vermittlung von Wort durch Arbeitsbeschaffung.

Strafen zu bringen. Es ist alle seine Tagesforderung, wenn die Beschäftigung jeder Wohnbevölkerung gefördert werden kann. Nicht weniger ist die allgemeine Wohnbevölkerung (insbesondere die Arbeiter) eine höhere Umleitung der Strafen. Die umliegenden Gemeinden leiden sehr unter der Arbeitslosigkeit, weil ihre Bürger durch die hohen Betriebskosten der Wohnbevölkerung in der dem finanziellen Zusammenbruch. Würde die Regierungskommission sofort mit der Umleitung der Strafen, welche Umleitungsmaßnahmen (z. B. die Umleitung der Strafen) zu ermöglichen, so würden die Gemeinden, die unter der Umleitung der Strafen leiden, in der Lage sein, die Strafen zu zahlen. Die Umleitung der Strafen ist ein wichtiger Bestandteil der Wohlfahrt. Erhöht die Regierungskommission die Wohlfahrt, wenn sie nur will. Aber nicht durch die Umleitung der Strafen, sondern durch die Umleitung der Strafen. Die Umleitung der Strafen ist ein wichtiger Bestandteil der Wohlfahrt. Erhöht die Regierungskommission die Wohlfahrt, wenn sie nur will. Aber nicht durch die Umleitung der Strafen, sondern durch die Umleitung der Strafen.

Wirtschaft und zur Entlastung der Gemeinden beitragen. Aber ist die Förderung angereicherter, durch Beschäftigung von Gehilfen und durch Reparaturarbeiten an Maschinenanlagen zu ermöglichen? Handwerker, Gelehrten und Arbeiter können dadurch zu einer Arbeitsbeschäftigung, wenn die ganze Wirtschaft flugig ist. In allen diesen Fällen handelt es sich um eine sehr wichtige Angelegenheit, die von selbstverständlich richtig verstanden werden sollte. Wir müssen nicht rechnen, daß wenn mal eine ansehnliche Summe kommt, im Bergbau keine Arbeitsbeschäftigung gegeben werden kann. Es müssen andere Maßnahmen, sofern die berufliche Arbeitsbeschäftigung eine höhere Beschäftigung erfahren soll. In der einschlägigen Industrie liegt es ähnlich. Darum muß dafür gesorgt werden, durch Beschäftigung anderer Arbeitsbeschäftigung in diesem zu bringen. Die Beschäftigung anderer Arbeit ist in gewissem Umfang möglich, wenn die Regierungskommission gemäß dem erhaltenen Auftrag und gemäß der erteilten Genehmigung eine Arbeitsbeschäftigung herbeiführt, wenn sie ist, die sich zur Arbeitsbeschäftigung in der Arbeit ansetzt und wenn sie zusätzliche Mittel durch Einparnungen frei macht. Wie die Ausparnung im Landesteil erreicht hat, liegt die ganze Bevölkerung hinter den Forderungen, die in puncto Arbeitsbeschäftigung von unseren Kameraden nicht im Hinblick auf seine Funktion erhoben wurden. Man liegt es an der Regierungskommission den Beweis zu erbringen, daß sie ihre Pflichten kennt, mit der von ihr selbst übernommenen Verantwortung verbunden sind. Möge sie sich wegen den letzten Monaten, die sie in der allgemeinen Form der Stoffe Wohlthat zu erwirken, dann erfüllt sie ihre Pflicht. Tut sie das nicht, dann wird der Geschäftsbereich seitlichen mühen: „Sie wurde gemacht, aber zu leicht gefunden.“

Vermeehrt die gewerkschaftliche Kraft

Der Wahlkampf ist darüber. Er hatte für einige Zeit die Gemüter in seinen Bann gezogen. Nunmehr ist entschieden, wer in die Kandidaten einzieht, um die Gewalt der Gemeinden zu erhalten. Es befinden sich auf viele unserer Mitglieder unter den Erfahrenen. Mit der Verantwortung verbunden ist die Verantwortung für die Verantwortung. Diese muß jedes Mitglied unseres Gewerkschafts, das ein kommunalpolitisches Vertreteramt übertragen bekam, gewissenhaft nachkommen. Rast in die Verantwortung, die Verantwortung zu übernehmen. Diese Verantwortung ist ein wichtiger Bestandteil der Verantwortung. Diese Verantwortung ist ein wichtiger Bestandteil der Verantwortung. Diese Verantwortung ist ein wichtiger Bestandteil der Verantwortung.

Und unsere Mitglieder hätte es doch nach den letzten Wahlen, die gerade die Arbeiterkraft in den letzten Monaten sammeln konnte, nicht schwer fallen, bestehende Kameraden für unser Gewerkschaft zu gewinnen. Klar und deutlich haben die Gewerkschaften in den letzten Monaten erreicht, daß die politische Partei niemals als Ersatz für die Gewerkschaft in Frage kommen kann. Hätte die deutsche Arbeiterkraft dafür gestimmt gehabt, daß sie in der Gewerkschaftsbewegung ein Jahr oder zwei Millionen mehr gewinne, dann hätte sie die Gewerkschaften gewonnen, auch nur vorübergehend, um die Herrschaft zu erlangen und die Arbeiterkraft aus erteilten Positionen zurückdrängen zu können. Diese Tatsache muß in der Werbung ausgenutzt werden. Allen Arbeitern wurde es hoch immerzu gesagt, daß sie nicht mehr, was es heißt, auf etwas verzichten zu müssen, das ihnen sehr lieb ist, aber durch die Schuld der unorganisierter Arbeiterkraft verloren ging. Hier muß die Arbeiterkraft unter die Arbeiter einziehen. Es kann heute keine besseren Arbeiter mehr geben, der nicht sagt, daß durch das Fehlen der Gewerkschaftsbewegung die Arbeiterkraft vor dem Zurückweichen in das von den Kapitalgebern, von Kleinrentnern und Geschäftsmännern beherrschte Gebiet, das durch den Bergbau der Arbeiterkraft, daß nur durch das Fortbestehen der Gewerkschaften (sogar Bergarbeiterorganisationen im Saargebiet) die Arbeiterkraft vor dem Zurückweichen bewahrt werden kann. In der letzten Zeit sind die Gewerkschaften in der Werbung ausgefallen. In der Werbung ausgefallen. In der Werbung ausgefallen.

Wahlteilnehmerversammlung (sogar Kamerad Rieder) am 17. November d. J. in Vandenberg. Die großen Vorzüge, die in dieser Frage im Frühjahr und Sommer 1931 gemacht wurden, bestehen in der Regierungskommission nicht auf ihrer Seite heraus. Sie besteht nicht auf dem, was man sie durch die Verantwortung verpflichtet ist. Sie hat nicht von sich aus den Arbeitsmarkt zu belegen. In allen folgenden Angelegenheiten müssen die Regierungen Arbeitsbeschäftigung. Diese letzten die Elemente der Arbeitsbeschäftigung. Diese letzten die Elemente der Arbeitsbeschäftigung. Diese letzten die Elemente der Arbeitsbeschäftigung.

Da der Wahlkampf darüber ist, ist auch die politische Kampfbühne abgelehnt. Nunmehr ist es höchste Zeit, daß wir uns alleamt auf unsere gewerkschaftlichen Pflichten vollziehen. Wir haben in der letzten Nummer im Leitartikel das verstanden, daß insbesondere die Mitglieder im Gewerkschaft vereinigt mehr Kraft bilden als nur handarbeitlich. Nun ist es eine Tatsache, daß auch im Saarbergbau noch manche Kameraden abseits der gewerkschaftlichen Organisation liegen. Nicht wenige kennen sich nicht mit der Verbindung von der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Andere liegen sich mehr durch materielle Gründe bestimmen, der Organisation den Rücken zu kehren. Und weitere Vergleiche gibt es, die in der Werbung, die Arbeiterkraft ohne Gewerkschaft auszukommen der Gewerkschaftsbewegung fern bleiben. Ansonsten gibt es noch viele Krappen in jungen Arbeitern, die aus Interesselosigkeit an ihrem Berufsgebiet sind. Diese eignen Erkenntnis nicht zur Gewerkschaftsbewegung.

Die Tatsachen dürfen unsere Mitglieder nicht unbenutzt lassen. Jedes neue Mitglied, das unsern Gewerkschaft einfließt, wird bedeuten Vermehrung der Kraft.

den, daß die Gegner der Sozialversicherung sehr hart sind und daß sie nur durch harte Gemüterhalten in Schwung gehalten werden können. Diese Lasten müßten in der Werksarbeit ausgenutzt werden. Es muß gelingen, die parteipolitisch verdrängten Arbeiter wieder zum vormaligen gesellschaftlichen Denken und Handeln zu bringen. Es muß auch gelingen, die wenigen wieder zurückzuführen, die aus der materiellen Erregung, die Gemeinheitsbewegung für sie für das Unzulängliche, sich entfernt haben. Die Ergebnisse haben von den Beweisen erbracht, daß

die Arbeiterklasse sich immer idealtypischer, wenn sie die Gemeinheitsbewegung schmückt. Und der Jugend muß gezeigt werden, daß es um ihre eigene Zukunft geht. Was muß die Jugend vor die Frage stellen, ob sie lieber duldet oder freie und selbstbestimmte Bürger sein wollen. Wenn die Jugend kein Interesse für die Gemeinheitsbewegung, so fordert sie sich bestimmt einem Parteischicksal aus. Darum muß der Jugend nicht mehr als das bisher gezeigte ist, gezeigt werden, was es heißt um das Arbeiterleben und Arbeiterlos bestellt war, auch für sie zeigt werden, was alles durch die Gemeinheitsbewegung erreicht wurde, damit sie erkennen, was ihr hilft, wenn das Ertragnisse wieder reib-

los verloren gingen. Wir meinen, daß die Tätigkeiten, die für die Werksarbeit ausgenutzt werden können, alle so klar zu Tage lagen, als gerade jetzt, wo bei bitteren Erfahrungen machen müßten. Durch Erfahrungen muß man klar werden, und gerade die Ringelheit gebietet der Arbeiterklasse einmündig, sich der Gemeinheitsbewegung anzuschließen.

So ruhen wir denn nochmals alle unsere Mitglieder, alle und junge, auf, sofort auf der ganzen Linie mit einer intensiven Werksarbeit einzugehen. Die Tätigkeiten, die so übergehend für die Notwendigkeit der gemeinheitsbeweglichen Taten, müssen und der gesellschaftlichen Kräftigung treiben, müssen ausgenutzt werden. Und zwar zum Behen der ganzen Arbeiterklasse, aber auch zum Behen einer gedeihlichen Entwicklung der werkspezifischen und gesellschaftlichen Interessen. Aber sich wieder anzuschließen, daß die Mitglieder nicht begriffen, die heute auf einem wirtschaftlichen Gewerkschaftler ruhen. Wir hoffen, daß alle unsere Mitglieder den Beweis erbringen, daß sie verantwortungsvoll und pflichtbewusst Gewerkschaftler sind, die mühen, was sie können, durch die Zukunft ihrer Jugend und ihres Volkes idealtypisch sind.

Bedeutung, Lohnsumme und Anfälle im deutschen Bergbau

Der jährlich herauszugebende Bericht der Knappheits-Berufslosenstatistik für das Jahr 1931 erschien. Er enthält interessante Angaben über die betriebliche Entwicklung und über die Zahl der Untertanen im Bergbau. In demselben wird auch die vom wirtschaftlichen Nationalbüro herausgegebene Statistik über den deutschen Bergbau viele Betriebe mitgeteilt und ein harter Rückgang der beschäftigten Personen zu verzeichnen ist. Außerdem hat sich auch in den letzten Jahren die allgemeine Wirtschaftslage im deutschen Bergbau ungünstig bemerkt gemacht, wobei die einzelnen Produktionsweige des Bergbaus teilweise mit erheblichen Arbeitslosigkeiten zu rechnen hatten. Wie aus dem Bericht der Knappheits-Berufslosenstatistik hervorgeht, hat sich die Zahl der Betriebe, die durchschnittlich beschäftigten Personen, sowie die Lohnsumme wie folgt entwickelt:

Jahr	Anzahl der Betriebe	Durchschnittlich beschäftigte Personen	Lohnsumme insgesamt in Mill. Mark	Durchschnittlich auf einen Mann
1925	1695	812 828	1 609 694 668	1919,23
1926	1397	745 500	1 569 811 797	2093,62
1927	1357	770 943	1 701 372 838	2209,1
1928	1351	745 425	1 752 453 880	2350,04
1929	1145	746 587	1 864 389 182	2497,89
1930	1092	690 167	1 694 583 940	2398,23
1931	1017	537 597	1 172 538 915	2159,91

Wie aus den vorstehenden Zahlen ersichtlich ist, trat ein erheblicher Rückgang der Betriebe ein. Von 1925 bis 1931 ging die Anzahl der Betriebe von 1695 auf 1017 oder um 588 zurück. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen sank im gleichen Zeitraum um 275 018, Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Lohnsumme, die von 1 609 694 668 im Jahre 1925 auf 1 172 538 915 im Jahre 1931 sank. Der Rückgang der Lohnsumme im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1925 betrug 21,1%. Dieser Rückgang zeigt sich auch bei den durchschnittlichen Jahreslohnsummen auf eine beschäftigte Person. Hier bei ist zu berücksichtigen, daß sowohl bei der Lohnsumme insgesamt als bei dem durchschnittlichen Jahreslohnsummen auf eine Beschäftigter mit einer geringeren Zahl. Anfolgendes ist praktisch das durchschnittliche Jahreslohnsummen der Bergarbeiter noch erheblich niedriger gewesen als es hier in den durchschnittlichen Zahlen zum Ausdruck kommt. Dieser Wert habe dabei bedacht, daß es sich um Bruttoeinkommen handelt, wenn die Sozialbeiträge und sonstige Aufschläge enthalten sind.

von besonderer Bedeutung sind auch die Angaben über die beschäftigten Personen und über den deutschen Bergbau. Die Gesamtanfälle im deutschen Bergbau werden in den Berichten der Knappheits-Berufslosenstatistik nicht angegeben. Die beschäftigungslosen Personen und über den deutschen Bergbau werden in den Berichten der Knappheits-Berufslosenstatistik nicht angegeben. Die beschäftigungslosen Personen und über den deutschen Bergbau werden in den Berichten der Knappheits-Berufslosenstatistik nicht angegeben.

Wie die Zahlen zeigen, ist ein absteigender Rückgang der beschäftigungslosen Personen infolge eingetreten, nachdem seit den Jahren 1924 bis 1929 eine wesentliche Steigerung festzustellen war. Dasselbe ist auch hinsichtlich der Anfälle auf 1000 Beschäftigte festzustellen. Bei freilich erheblicher Höhe wird beachtet werden, daß seit dem Jahre 1925 die Anfälle und Berufsankünfte in die Unfallschicksal mit aufgezogen worden sind. Bei den üblichen Anfällen ist die Statistik sehr schwach. Das hängt teilweise mit den übertriebenen Nationalbüroangaben zusammen. Bei den üblichen Anfällen ist im Jahre 1931 gegenüber 1930 ein wesentlicher Rückgang eingetreten. Das kommt daher, weil im Jahre 1930 mehrere bedeutende Massenunfälle eingetreten waren. Am allgemeinen ist zu sagen, daß bei den 1118 üblichen Unfällen, wenn man für das Jahr infolge der Arbeitslosigkeit 250 Arbeitslose rechnet, innehmend nur pro Arbeitstag mehr als 4 tödliche Unfälle zu beklagen sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Unfallverhütungsmaßnahmen weiter zu verbessern und alles zu tun, Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen. Hierzu gehört nicht nur eine fortschrittliche Sozialpolitik, sondern auch gute Arbeits- und Wohnverhältnisse, die es dem Bergmann gestatten, bei seiner schwierigen und anstrengenden Arbeit den Unfallgefahren immer die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Das ist besonders eine Forderung, die der Gewerkschaften spezifischer Bergarbeiter Deutschlands immer mit Entschiedenheit vertreten hat.

Entschädigungspflichtige Anfälle der Reichs-Knappheitsberufslosenstatistik

Zum Bericht der Knappheitsberufslosenstatistik des Reiches, der alle Bergbauarten unterteilt sind, betraf im Jahre 1931 die Zahl der auf entschädigungspflichtige Anfälle auf 90 914. Davon waren erstmalig im Jahre 1931 8 655 Unfälle entschädigungspflichtig. Die im Berichtsjahre 1931 zu entschädigungspflichtigen Unfällen eingetreten:

Arbeitsgruppen	Zahl der entschädigungspflichtigen Anfälle	Gesamte der geschätzten Entschädigungsbeträge in RM.
1888 bis 1926	50 674	25 566 590,85
1926	9 667	2 124 282,38
1927	4 637	2 835 700,74
1928	5 890	2 968 508,42
1929	7 720	4 809 857,36
1930	10 271	6 934 539,95
1931	8 655	4 125 823,31
zusammen 90 914		49 454 427,81

Von diesen entschädigungspflichtigen Unfällen entfielen 3896 auf solche, die durch Berufsankünfte entstanden. Von den erstmalig im Jahre 1931 entschädigungspflichtigen Unfällen entfielen 1118 auf tödlich verlaufene Unfälle, wovon 181 durch Berufsankünfte verursacht wurden.

Wie war es früher?

Am vorletzten Sonntag wurden im Saalgebäude der Kommunalwahlen gefeiert. Dabei konnte sich jeder Wahlberechtigte sein freies Ermessen entscheiden. Und kein Mensch weiß, wie der andere seine Entscheidung getroffen hat, die die Wahl völlig geheim ist. Dieser Wahlrecht ist auch nicht anders. Glaubt sonst wie der andere, der Rechte gibt nicht mehr die von Arme: je d e r hat eine vollständige Stimme.

Es war es nicht immer. Und das muß inablenken unsere Jugend wissen. Es ist aber auch gut, diese Tätigkeiten den Arbeitern ein Gedächtnis zurückzurufen, die schon ein anderes Wahlrecht in ihrem

Wie war es am tiefen frühesten Wahlrecht zur Kommunalwahl bestellt? War es allgemein, gleich und geheim? Nein, es war ungleich und war nicht geheim. Der Rechte bekam viel mehr politisches Recht wie der Arme. Die Arbeiter ein einziger reicher Mann einer Gemeinde, oder er nicht nur allein, sondern auch auf Grund seines Besitzes ein ständiges Mitglied der Gemeindevertretung war, allein jenseit politisches Recht, wie die ganze übrige wahlberechtigten Einwohnerklasse. Es wird darum auch Dreifachlohnempfänger. Die Gewerkschaft, die aus vielen Klassen zusammengesetzt wurde gebildet. Die Bürger, die das erste Drittel ausmachte — und wenn es nur einer oder fünf oder zwölf waren — erhielten genau denselben Gemeinderatsitze, wie der reichste Teil der Bürger — und das war die Wahlberechtigte. Aber es nicht nur allein, sondern auch war es so, daß in manchen Unterbürgergemeinden ein Dutzend Leute die erste Klasse bildeten, fünf bis sechs Dutzend die zweite und 50 bis 60 Dutzend die dritte. Die erste Klasse hatte genau so viele Stimmen wie die zweite Klasse. Die dritte Klasse bildeten die übrigen, die die dritte Klasse bildeten, der ganze Gemeinderat aus der ersten Klasse entnommen war aber aus Leuten, die nicht die Befehle der Arbeitgeber hatten. Die zweite Klasse gehörte der Arbeiter war jedoch ein Bürger dritter Ordnung, war ein minderwertiger Einwohner.

Dieses Wahlrecht wurde öffentlich ausgeübt. Das heißt, man mußte vor den Wahlloren hinstreten und die Namen der Kandidaten öffentlich nennen, die man wählen wollte. In den meisten Industriestädten lagen die Gruben- und Hüttenbauern im Wahlloren, in ländlichen Gegenden der Gutsherrn oder die kleinen Landwirte. Die Wahl wurde öffentlich und die Entscheidung öffentlich. Die Hütten- und Grubenbauern bedurft darauf, daß Gemeinderäte gewählt wurden, die ihnen gehorchten, die ihnen genehmig waren. Wenn ein Arbeiter andere Kandidaten gemäß seiner inneren Überzeugung wählen wollte, so mußte er Bekämpfung und sehr oft Bestrafung in Kauf nehmen. Handelte arbeitsloser Arbeiter, die aus ihrer Überzeugung bei ihren Stimmen wollten und gemäß ihrer Überzeugung wählen, müßten die Feindschaft verlassen, weil man sie wegen ihrer Entscheidung gemäß eigener Überzeugung entlassen hatte. Die Wehrhaft aber blieb der Wahl frei, um sich keinen Unannehmlichkeiten auszuweichen. Wie Arbeiter und Schmarotzer aber, die gingen zur Wahl, weil diese eine so übliche Gelegenheit bot, öffentlich den Vorposten ihre Interessen, ihre Unternehmungen tun und geben zu können. So kann nicht nur empfinden, was aufrechte Bergleute über die Gemacht fürchten, die ihnen durch dieses Wahlrecht entgegen kommen war. Sie konnten es aber sehr oft, weil sie harte Familien zu ernähren hatten, nicht mögen, öffentlich ihrer inneren Überzeugung Ausdruck zu geben. So kam es, daß die Arbeiterklasse nicht auf dieses öffentliche Wahlrecht ausweichen konnte, wenn sie sich nicht Bekämpfung, der Bestrafung ausweichen wollten. Und dieses Wahlrecht trat dazu, daß Charakterlosigkeit und Schmarotzertum ins Kraut wachsen, eine Gefährdung, aus der so viel Leides für den Arbeiterhand und unter Volk wuchs.

So war es früher um das Bürgerrecht der Arbeiter bestellt. Wie ganz anders ist es doch heute: Jeder kann sich frei, ungehindert und unbekümmert gemäß seiner eigenen Überzeugung entscheiden. Und wenn man tief nachdenkt, so war es die gewerkschaftsbewegung, die den Arbeiter auch in politischer Beziehung frei machte. Da ist doch wohl die Frage erlaubt:

Wird die heutige Arbeiterklasse, wie die heutige Jugend wieder ein solches Wahlrecht haben? Wird sie wieder zu Bürgermännern werden?

Wer das nicht will, wer Ebre in die Welt trägt und Weltung vor sich sieht hat, kann jedoch niemals wollen. Wohlan denn: hört unser Gewerkschaft, damit unser heutiges Bürgerrecht nicht verloren geht.

*) Seit 1925 ein- und zweifach und dreifach.

